



Eva-Clarita Onken

Lettische Geschichte im Demokratisierungsprozess

Während und unmittelbar nach den politischen Umbrüchen Anfang der 1990er Jahre war es ein viel gehörter Wunsch, die Geschichtsschreibung endlich von der Politik zu trennen, sie sozusagen zu "ent-ideologisieren" und zu "ent-politisieren". Noch 2002 bemerkte die lettische Präsidentin Vaira Vīķe-Freiberga gegenüber Historikern,

[w]ährend der sowjetischen Okkupation wurden die Fragen lettischer Geschichte ideologisiert und politisiert, verschiedene Propagandamythen und -märchen wurden hervorgebracht. Darum ist es eine der wichtigsten Aufgaben unseres Staates nach Wiedererlangen der Unabhängigkeit, eine objektive Darlegung der Geschichte zu geben. Dies muss eine Geschichte sein ohne Beschönigungen und Deformationen, der Wahrheit und wissenschaftlichen Argumentation [verpflichtet].¹

Die wissenschaftliche Geschichtsschreibung, wie sie nach 1990 in den baltischen Republiken aufgebaut wurde, hat sich um diese Verpflichtung zur "historischen Wahrheit" und "Objektivität" bemüht. Sie hat dabei allerdings bisweilen aus den Augen verloren, dass weder der Historiker noch seine Fakten je außerhalb sozialer, ökonomischer und politischer Verhältnisse stehen. Gerade in Zeiten, in denen eben diese Verhältnisse radikalen Veränderungen unterworfen sind, ist der Historiker ebenso Produkt wie Produzent kollektiver Wahrnehmungen und sozialer Realitäten. Mit anderen Worten: welche Fakten der Vergangenheit er zu Geschichte erklärt und wie er sie interpretiert ist beeinflusst durch die Bedingungen, unter denen er arbeitet, seine persönlichen Interessen und Überzeugungen sowie durch öffentliche Diskurse, an denen er wesentlich teilnimmt. Insbesondere der Zeithistoriker ist darüber hinaus mit einer Vielfalt von ungeschriebenen historischen Quellen, eigenen und fremden Erinnerungen, diffusen kollektiven Wahrnehmungen, Stereotypen und Mythen konfrontiert, die nicht zuletzt sein Urteil über historische Fakten und die Vergangenheit an sich prägen.

Das Interesse dieses Beitrags ist indes nicht so sehr, eine geschichtsphilosophische Abhandlung über das Verhältnis des Historikers zu seinen Fakten auf der einen und zu seinem sozio-politischen Umfeld auf der anderen Seite zu geben. Dass Geschichte und ihre Macher für politisch-legitimierende und kollektiv identifikationsstiftende Zwecke eingesetzt wurden und werden, steht wohl kaum zur Debatte. Dies gilt für autoritäre Regime ebenso, wie für soziale Bewegungen und demokratisch verfasste Systeme. Auf eben letztere, genauer: auf die Rolle und Funktion von Geschichte in der Demokratie, werde ich mich im Folgenden konzentrieren.

Ich orientiere mich dabei an dem in den letzten Jahren vor allem in der deutschen Politikwissenschaft entwickelten Analyseansatz der "Geschichtspolitik", der die Auseinandersetzung mit und um Geschichte als ein fundamental politisches Ereignis in Demokratien untersucht und sich dabei auf die politischen Akteure hinter bestimmten historischen Interpretationen und Debatten konzentriert. Es gilt zu untersuchen, in welchen Zusammenhängen Politiker – im Wechselspiel mit Publizistik, Wissenschaft und öffentlicher Meinung – sich historischer Analogien bedienen oder "Lehren aus der Vergangenheit" formulieren und zu welchem Zweck – etwa um Standpunkte zu markieren, sich vom politischen Gegner abzugrenzen oder Mehrheiten für konkrete Projekte zu gewinnen. Letztendlich geht es also um den Prozess der politischen Beeinflussung kollektiver Wahrnehmungen und Identifikation in Konkurrenzdemokratien.

Die professionelle Geschichtswissenschaft spielt bei diesem Analyseansatz eine zweitrangige Rolle, da, wie Edgar Wolfrum bemerkt "wissenschaftsimmanente Regeln [...] wenig zur Klärung beisteuern, wenn sie als Maßstab auf die Verwendung des Historischen in der politischen Praxis übertragen werden."² Die geschichtspolitische Analyse geht über eine historiographiegeschichtliche Betrachtung insofern weit hinaus, als sie diese in einen breiteren Kontext öffentlicher Debatten, symbolischer Handlungen politischer Akteure und Politik (*policy*) stellt.

Im Kontext von Transformationsgesellschaften kann die geschichtspolitische Analyse wesentlich dazu beitragen, die Entwicklung der politischen Kultur einer Gesellschaft und ihrer politischen Elite nachzuvollziehen. In Zentrum steht dabei die Frage wie eine vormals autoritär gesteuerte Öffentlichkeit mit kontroversen und gegensätzlichen Meinungen und Standpunkten in Bezug auf die Vergangenheit umgeht. Auf welche Art und Weise, von wem und zu welchem Anlass werden besonders sensible Fragen der Vergangenheit diskutiert? Welche unmittelbaren oder auch langfristigen Interessen stehen hinter einer bestimmten Interpretation historischer Ereignisse und wie werden dominierende Sichtweisen in konkrete Politik umgesetzt? Gerade weil kritische Fragen über die jüngste Vergangenheit in noch jungen strukturell wenig gefestigten Demokratien leicht mit identitätspolitischen Fragen verknüpft werden, gibt eine solche Analyse Aufschluss über die langfristige Demokratisierung nicht nur der staatlichen Institutionen und Abläufe, sondern auch des öffentlichen Bewusstseins. Im Streit um die Vergangenheit werden Weltanschauungen geformt und verteidigt, wird individuelles Gedächtnis geformt und die kollektive Selbstwahrnehmung einer politischen Gemeinschaft geprägt. Vergangenheitspolitische Fragen, also jene, die den praktischen und rechtstaatlichen Umgang mit Verbrechen des vorangegangenen Regimes, sowie mit legislativen und personellen Hinterlassenschaften betreffen, spielen in einer solchen geschichtspolitischen Analyse eine wichtige, wenn auch untergeordnete Rolle insofern, als sie einen politischen, rechtlichen und nicht zuletzt moralischen Rahmen für öffentliche Auseinandersetzungen setzen.

Um die zentrale Bedeutung historischer Auseinandersetzung im kognitiven Demokratisierungsprozess einer post-autoritären Gesellschaft zu verdeutlichen, schrieb ich an anderer Stelle von der "Demokratisierung von Geschichte". Unter Demokratisierung verstehe ich hier zunächst einmal die Entstehung einer mündigen Gesellschaft im Prozess der Ausdifferenzierung von Meinungen und Haltungen sowie ihre ständige Überprüfung durch eine kritische Öffentlichkeit. Neben der Pluralisierung öffentlicher Diskurse umfasst dies auch den vielschichtigen Prozess der Individualisierung und Dezentralisierung von Geschichte und Gedächtnis im politisch-öffentlichen

Raum. Im Folgenden soll dieser Prozess der Demokratisierung von Geschichte am Beispiel lettischer öffentlich-politischer und historiographischer Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre veranschaulicht werden. Es wäre dabei wenig sinnvoll, all die zahlreichen kleineren und größeren Debatten und Kontroversen um verschiedene Deutungen der Vergangenheit der letzten fünfzehn Jahre nachzuzeichnen.³ Vielmehr werde ich mich vor allem auf eine, besonders signifikante Kontroverse um lettische staatliche Gedenkpolitik, individuelle Erinnerung und Geschichtsschreibung konzentrieren, die die damaligen (und aktuellen) inner-lettischen Schwierigkeiten, unangenehme und sensible Fragen der Vergangenheit aufzuarbeiten verdeutlicht. Sie veranschaulicht zudem die internationale Dimension geschichtspolitischer Kontroversen in dieser Region. Auf etwaige Parallelen zu jüngeren estnischen Debatten kann ich im Rahmen dieses Beitrags nicht näher eingehen, es bleibt dem Leser aber überlassen, Vergleiche selbst anzustellen.

Die Akzeptanz unterschiedlicher, im öffentlichen Diskurs konkurrierender Deutungen vergangener Ereignisse, wie sie hier als Kern demokratischer politischer Kultur umrissen wurde, bedeutet auch, dass Geschichte zu einem Gut wird, das allen gleichermaßen und damit im Grunde niemandem gehört. Diese Überlegung ist gerade mit Blick auf die geschichtspolitischen Entwicklungen der letzten fünfzehn Jahre im Baltikum relevant, bedeutete doch das Wiedererlangen staatlicher Unabhängigkeit zugleich auch die Möglichkeit für die neuen, lettischen Führungseliten, wie für Historiker und Intellektuelle, die Vergangenheit endlich nach ihrem Verständnis zu deuten und sozusagen "in Besitz zu nehmen." Dies wurde vor allem im unmittelbaren Unabhängigkeitskampf der späten 1980er Jahre deutlich. Es war das Schlagwort von der "historischen Wahrheit" – in diesem Fall der völkerrechtswidrigen Okkupation Lettlands durch die Sowjetarmee und damit der staatsrechtlichen Kontinuität – , welches die Massen auf die Straße trieb und die Idee der staatlichen Unabhängigkeit in den Köpfen der Bevölkerung verankerte.

In den frühen 1990er Jahren ging es dann vor allem darum, diese "historische Wahrheit" in konkrete politische und legislative Maßnahmen umzuwandeln und sie im öffentlichen Diskurs fest zu etablieren. Dies geschah zum einen über eine restriktive Gesetzgebung in der Frage der Staatsbürgerschaft für jene russischsprachige Bevölkerung, die nach dem Verlust der Eigenstaatlichkeit 1940 auf dem Territorium Lettlands siedelten, zum anderen über die politische Rehabilitierung ehemals "Repressierter" und die Etablierung von staatlichen Gedenktagen zum Anlass historischer Ereignisse wie zum Beispiel dem Tag der ersten Massendeportation im Juni 1941 oder auch dem Jahrestag des Hitler-Stalin-Paktes. Es ist schwer, die professionelle Geschichtswissenschaft in diesen frühen Jahren klar von den öffentlichen Diskursen und politischen Handlungen zu trennen. Zum einen mussten die Standards und Methoden historischen Forschens erst neu definiert sowie Foren wissenschaftlichen Austauschs in Form von Fachzeitschriften und Forschungsprojekten an Universitäten und Instituten etabliert werden. Zum anderen boten Tages- und Wochenzeitungen wie die 1991 gegründete *Diena* und *Literatura un Maksla* die Möglichkeit, neuentdecktes Archivmaterial und wissenschaftliche Abhandlungen abzudrucken und damit direkt am Prozess der öffentlichen Meinungsbildung teilzunehmen. Betrachtet man die Forschungsthemen lettischer Zeithistoriker in diesen Jahren, so fällt auf, dass sie sich fast ausschließlich auf die 1930er Jahre sowie auf die stalinistisch-sowjetische Besatzung 1940/41 konzentrierten. Dahinter stand zum einen die staatsrechtliche und politisch-legitimatorische Notwendigkeit, die historischen Tatsachen sowie die internationale Rechtslage rund um den

Hitler–Stalin–Pakt und die sowjetische Annexion des Baltikums mit nunmehr zugänglichem Quellenmaterial eindeutig zu belegen. Zum anderen zielte diese wissenschaftlich–öffentliche Fokussierung auch darauf ab, ein klare Täter–Opfer–Zuweisung zu betreiben, die wenig Raum ließ für kritische Hinterfragung. So fanden zum Beispiel die vier Jahre nationalsozialistischer Besatzung in der geschichtswissenschaftlichen Forschung der frühen 1990er Jahre kaum Beachtung – dafür allerdings umso mehr im öffentlich–politischen Raum. Angestoßen durch wissenschaftliche und publizistische Veröffentlichungen vor allem des lettisch–jüdischen Historikers Margers Vestermanis sowie internationaler Fachleute auf der einen Seite und durch einseitige Berichterstattung internationaler Medien auf der anderen, entbrannten regelmäßig heftige öffentliche Kontroversen vor allem um die Frage lettischer Beteiligung an den Verbrechen der deutschen Besatzer. Diese stellten das von Politik und Deutungseliten kreierte Geschichtsbild der Letten als ewige Opfer fremder Mächte in Frage. Nicht nur die kollektiv–apologetische und einseitige Rehabilitierungs– und Erinnerungspolitik des lettischen Staates stand zur Debatte. Vor allem die Kontroversen mit internationaler Beteiligung machten auch deutlich, wie einseitig und kollektiven (ethnozentristischen) Interpretationsmustern verhaftet die lettische Geschichtswissenschaft der 1990er Jahre arbeitete.

An dieser Stelle sei an die Kontroverse im Frühjahr 1998 erinnert, bei der es um das Gedenken an eine ehemalige lettische militärische Einheit der Waffen–SS (die "Lettische Legion") sowie um die Beteiligung offizieller Repräsentanten des lettischen Staates an den Feierlichkeiten ging. Dank massiver Polemik von Seiten russischer Dumaabgeordneter, die Lettland einen "faschistischen Staat" nannten und Sanktionen forderten, aber auch durch das Unverständnis vieler westlicher Vertreter für die lettische Gedenkpolitik, die eine ehemalige Einheit der Waffen–SS ehrte, weitete sich die damalige Debatte beinahe zu einer Staatskrise aus. Lettland, so formulierte es ein lettischer Journalist in der *Diena* vom 4. April war "über seine eigene Geschichte gestolpert." Die Empörung und die oft emotionalen Reaktionen lettischer Politiker und Journalisten auf die Beschimpfungen aus dem Osten und das Unverständnis im Westen machten deutlich, wie sehr es bis dahin an einer wissenschaftlich–differenzierten Erforschung und sachlichen Auseinandersetzung mit diesem Kapitel der Geschichte mangelte. Diffuse Erinnerungen und unreflektiertes Gedenken ohne historisches Wissen und kritische Überprüfung eignen sich wenig im internationalen Argumentationsaustausch.

Das am häufigsten hervorgebrachte und nicht ganz unberechtigte Argument auf lettischer Seite war, dass der Westen die "tragische" lettische Geschichte eben nicht wirklich kenne und deswegen auch nicht verstehen könne, dass es 1941 wenige Möglichkeiten und schon gar keine Wahl für die Bevölkerung gab; Hitler–Deutschland sei eben vielen als das "kleinere der beiden Übel" erschienen. Im Grunde jedoch zeigt eben dieses "Argument" die ganze Hilflosigkeit, mit der Lettland in die Ereignisse – die "internationale Isolation", wie die *Diena* titelte –hineinrutschte. Lettische Historiker beteuerten in den Medien einmal mehr, die Legion habe nichts mit Naziverbrechen zu tun, die Legionäre seien in erster Linie "tragische Opfer" des Krieges und ihre Mobilisierung sei weitgehend gezwungenermaßen gewesen. Doch bewiesen diese Versuche der pauschalen Entschuldigung nur einmal mehr die ganze Unfähigkeit lettischer Zeithistoriker, sich neuen und unbequemen Fragen zu stellen. Warum, so brachte dies Vestermanis damals in einem Interview auf den Punkt, interessiere sich keiner für jene Einheiten der lettischen Polizei, die an Erschießungen von jüdischen und lettischen Zivilisten beteiligt waren und

die später Teil der Legion wurden; und warum werde heute nicht *aller* Veteranen gedacht ; denen auf deutscher und denen auf sowjetischer Seite. Statt dessen hatte die *Saeima* gerade zwei Jahre zuvor offiziell jene lettischen (kommunistischen) Partisanen, die von der Sowjetunion unterstützt in den 1940er Jahren gegen die deutschen Besatzer kämpften von der Kategorie "Widerstandskämpfer" und damit auch von Pensionsansprüchen ausgeschlossen.

Die lettische politische Elite zog Konsequenzen aus den Erfahrungen des Frühjahrs 1998. Um der internationalen Kritik in Zukunft souveräner begegnen zu können und vorhandene Stereotype auf lettischer wie "westlicher" Seite abzubauen, gründete der damalige lettische Präsident Guntis Ulmanis (ebenso wie seine baltischen Kollegen Meri und Adamkus) eine Historische Kommission zur Erforschung der "Okkupation Lettlands von 1940 bis 1990." Anders als etwa in Estland, bestand diese vor allem aus lokalen Historikern (darunter auch Vestermanis), ihr wurde aber eine international besetzte Gruppe von Experten – Historikern, Diplomaten und Vertretern internationaler Organisationen (darunter auch Vertreter deutsch–baltischer, russischer und jüdischer Herkunft) angegliedert. Die damit klar institutionalisierte Zusammenarbeit lettischer und "externer" Fachleute hat sich im Laufe der bald acht Jahre, die diese "Historikerkommission" heute besteht, als ausgesprochen fruchtbar erwiesen. Vor allem unter Präsidentin Vike–Freiberga weitete die Kommission ihre Tätigkeit von der wissenschaftlichen Erforschung und fachinternen Diskussion historischer Sachverhalte aus und fördert heute vielfältige Aktivitäten vor allem im Bereich der Geschichtslehrerfortbildung und Lehrbuchschreibung.

Auf wissenschaftlicher Ebene sind, so kann man meinen, damit die Unklarheiten weitgehend beseitigt und die historisch offenen Fragen beantwortet. Auch auf politischer Ebene sind die Bemühungen um eine "Ent–politisierung" des Gedenktags recht erfolgreich gewesen. Lettische Staatsvertreter sind seit 1998 offiziell dazu angehalten (und halten dies auch zumeist ein), wenn überhaupt, dann nur als Privatpersonen an den Feierlichkeiten teilzunehmen. Das Grüppchen der noch lebenden Veteranen und ihrer Angehörigen, die jedes Jahr am 16. März Blumen an der Freiheitsstatue niederlegen ist deutlich geschrumpft. Dennoch nutzen in den vergangenen Jahren zunehmend radikale Gruppen den Gedenktag, um sich regelrechte Straßenschlachten zu liefern. In den vergangenen Jahren gehörten zu ihnen auch Jugendorganisationen wie etwa *Stab*, die auch schon die Schülerproteste gegen das neue Bildungsgesetz 2004 organisiert hatte. Die Fronten verlaufen in diesen Zusammenstößen entlang ethnischer Linien: während es überwiegend Letten und auch hier viele junge Leute sind, die die Gedenkfeierlichkeiten der Legionsveteran "beschützen" wollen, so sind es häufig Russen, die massiv dagegen protestieren. Damit bleibt dieser spezielle Jahrestag ein Politikum in Lettland und verdeutlicht zugleich ein weiteres, bislang von der lettischen Elite weitgehend ignoriertes Problem. Sowohl die wissenschaftliche Auseinandersetzung als auch die öffentliche Erinnerungsarbeit in Gedenkstätten, Museen und Veranstaltungen befassen sich nach wie vor fast ausschließlich mit der Zeit bis Ende der 1950er Jahre. Eine (selbst–) kritische Auseinandersetzung mit der Breznev–Ära, der Zeit der wirtschaftlichen und sozialen Stagnation, findet so gut wie nicht statt und wenn, dann unter einem diffusen Begriff "nationalen Widerstands". Im politischen Milieu werden Informationen über die Verstrickungen Einzelner in das vergangene System allenfalls dazu benutzt, politische Gegner auszuschalten oder zu diskreditieren – nicht mit dem Ziel echter Auseinandersetzung. Von Historikerseite ist das mangelnde Interesse evtl.

noch mit der lückenhaften Quellenlage zu begründen. Doch kann sich eine kritische Öffentlichkeit darauf nur bedingt berufen. In der Auseinandersetzung mit dem strukturellen Unrecht des sowjetischen Staatsapparats in diesen Jahrzehnten greifen faktenbasierte und juristische Begriffe von Schuld und Verantwortung meist zu kurz. Vielmehr stehen moralische Fragen nach dem Verhalten Einzelner in eben diesem System – nach Opportunismus und Karrierismus oder einfach Anpassung auf der einen Seite und Ungehorsam, innerer Emigration und offener Gegnerschaft auf der anderen – im Raum, die nicht allein von Historikern und Fachleuten geklärt werden können. Wo jemand rechtlich nicht belangt werden kann, kann er doch nach dem "Unerträglichkeitskriterium" moralisch zur Verantwortung gezogen werden. Dieses Kriterium muss jedoch in einem langsamen Prozess gesellschaftlicher Diskussion, wissenschaftlicher Forschung und politischer Handlung erst herausgebildet werden. Die nur sehr zögerliche Annäherung einiger Intellektueller an diese Themen ist sicherlich auch mit dem geringen Zeitabstand zur Gegenwart zu erklären. Auch gibt es bislang wenig Druck von Seiten nachfolgender Generationen, die Fragen stellen und Antworten verlangen. Doch die jüngsten Konfrontationen um den "Tag der Legionäre" zeigen eine neue Dimension der ethnisch-kulturellen Spaltung Lettlands in zwei "Gedächtnisgemeinschaften" und Geschichtskulturen, die bestenfalls nebeneinander und schlimmstenfalls gegeneinander stehen. Die Mehrzahl der russischsprachigen Bevölkerung verbindet die Erinnerung an den Großen Vaterländischen Krieg und Stalinismus nicht mit Lettland, siedelte sie doch meist erst lange nach deren Ende ins Baltikum. Die Gedenkfeiern und politische Erinnerungsrhetorik lettischer Politiker bleibt ihnen daher auch fremd, und einige orientieren sich an den von russischen Medien und Historikern angebotenen Deutungen der Vergangenheit. Diese jedoch, dass zeigten die Ereignisse rund um den 60. Jahrestag des Kriegsendes im vergangenen Jahr, weichen nicht selten stark von lettischen Sichtweisen ab.

Mit der geschichtspolitischen und wissenschaftlichen Konzentration der lettischen Deutungseliten auf die Stalinzeit und auf ein noch immer stark ausgeprägtes Täter (Russen)–Opfer (Letten)–Schema werden diese Differenzen weiter zementiert und äußern sich nicht zuletzt in Straßenschlachten am 16. März. Eine Auseinandersetzung mit den oben benannten Themen der kürzer zurückliegenden Jahrzehnte könnte ein Ansatz sein, die Gräben zwischen den verschiedenen Gruppen langsam zu überwinden. So sehr die Wahrnehmungen der sowjetische Periode auch auseinandergehen, wie Umfragen unter russischen Jugendlichen 1998 ergaben, so umfasst diese Zeitperiode doch einen ereignisgeschichtlichen Horizont, den Letten wie Russen weitgehend gemeinsam haben. In einem breiteren und von einer lettischen wie russischen Öffentlichkeit verfolgten Austausch über eventuell doch ähnliche Erfahrungen und Gedanken würde das eingefahrene Täter–Opfer–Schema vielleicht aufgeweicht werden.

Doch gehen diese Überlegungen bereits etwas über den Rahmen dieses Beitrags hinaus. Die Ereignisse von 1998 stellen rückblickend betrachtet den Beginn einer neuen geschichtspolitischen Phase in Lettland dar. Geprägt ist diese Phase von einem politisch-offensiven und den internationalen Dialog suchenden Zugang zu kontroversen und sensiblen Fragen der Vergangenheit. Äußere Faktoren wie klare ethnopolitische Rahmenbedingungen (Einbürgerungs-, Sprach- und Bildungspolitik) und nicht zuletzt der Beitritt Lettlands zu NATO und Europäischer Union haben zu einem selbstbewussteren Umgang mit innerer und äußerer Kritik beigetragen. Doch bei aller Bedeutung, die diesen Rahmenbedingungen zukommt, beziehen sich meine abschließenden Bemerkungen mehr auf den "inneren" Prozess, der, um

den oben genutzten Begriff noch einmal zu verwenden, langsamen Demokratisierung der Geschichte in Lettland. Diese umfasst zunächst einmal eine zunehmend kritische, westlichen Forschungsansätzen und Interpretationen gegenüber offenere Geschichtswissenschaft sowie eine wachsende kritische Öffentlichkeit und demokratische Diskussionskultur. Diese wird unter anderem unterstützt durch eine Vielzahl von zivilgesellschaftlichen Initiativen zur Auseinandersetzung mit der Vergangenheit – in Form von Ausstellungen, Forschungswettbewerben für Jugendliche, geschichtspädagogischen Veranstaltungen oder lokalgeschichtlichen Projekten.

Dieser Pluralisierungs- und Dezentralisierungsprozess bringt auch eine allmähliche Entkoppelung der Geschichte von allzu kollektiven Denkmustern mit sich. Ein Beispiel hierfür ist ein wachsendes Interesse von Wissenschaftlern und anderen Deutungseliten an Einzelschicksalen, an individuellen Entscheidungsprozessen und Verhaltensweisen unter den verschiedenen Regimen dieses Jahrhunderts. Der Blick etwa auf Paul Schieman, einen deutschbaltischen Publizisten der 1930er Jahre, der bis zuletzt gegen den zunehmenden inter-ethnischen Hass in Ulmanis' Lettland ankämpfte oder auf den Letten Zanis Lipke, der jüdische Mitbürger vor deutschen und lettischen Schergen versteckte, oder auf jene Männer des "Lettischen Zentralrats", die weder für die eine noch die andere Besatzungsmacht sondern für ein demokratisches und unabhängiges Lettland kämpften zeigt den ganzen Unsinn kollektiver Zuweisungen in der Geschichte. Denn für diese Persönlichkeiten waren weniger ihre kulturelle oder sprachliche Herkunft der Auslöser für Taten, sondern vielmehr politische Gedanken von Freiheit und Recht oder auch schlicht menschliche oder religiöse Überzeugungen. Auch wenn biographische Studien jenseits großer Staatsmänner aus der Feder lettischer Wissenschaftler noch immer eher die Seltenheit bleiben, sind doch einige solche in den vergangenen Jahren erschienen und nehmen ihren Platz ein im Bewusstsein einer interessierten Öffentlichkeit.

Ein wachsendes Bewusstsein für die Existenz und Gleichberechtigung unterschiedlicher Interpretationen der lettischen Vergangenheit spiegelt sich auch in der großen Zahl von Geschichtslehrbüchern und Unterrichtsmaterialien, die nicht nur die Geschichte nationaler Minderheiten in Lettland mit einschließen, sondern auch kontroverse Fragen der Vergangenheit offensiv und kritisch angehen. Man mag sich darüber streiten, in wie weit lettische Schulbuchautoren und das Bildungsministerium hier vor allem auf Anregung oder gar auf Druck von außen reagieren – wie es nicht selten als Kritik zu hören ist. Sicher kommt die Finanzierung von Lehrerseminaren und Geschichtsbuchprojekten nach wie vor häufig von internationalen Organisationen wie etwa *Euroclio* oder auch der *International Task Force for Holocaust Education*, doch wäre es kurzsichtig, derartige Projekte deswegen rundweg abzulehnen. Gerade von Projekten, die lettische Geschichtsbücher speziell für russischsprachige Schulen entwickeln und mit Lehrern diskutieren, profitieren nicht nur Lehrer und Schüler, sondern letztlich die Gesellschaft als Ganze.

Vorsichtig optimistisch wäre also zu konstatieren, dass der Demokratisierungsprozess lettischer Geschichtsschreibung und öffentlicher Diskurse über die Vergangenheit begonnen hat. Das selbstbewusste Auftreten von Vaira Vike-Freiberga anlässlich der Einladung Putins zu den Feierlichkeiten am 9. Mai 2005 nach Moskau war nicht zuletzt auch ein Resultat dieses Prozesses. Dennoch fällt auf, dass die neue, offensive Herangehensweise lettischer Eliten an die Vergangenheit sich recht einseitig

auf das Ausland konzentriert. Die lettische Geschichte, so hört man allenthalben von Vike–Freiberga oder auch von der Europakommissarin Sandra Kalniete, muss im Ausland besser bekannt gemacht werden. So manche innerlettischen Kontroversen oder auch der Blick in *Internet Chat Rooms* und Leserbriefe legen allerdings die Vermutung nahe, dass auch in der Bevölkerung Lettlands noch einiges an historischer Aufklärungsarbeit geleistet werden müsste. Bei dem Prozess der historischen Selbstverständigung und der allmählichen Ausdifferenzierung von Positionen in einer Übergangsgesellschaft handelt es sich zudem primär um einen internen Vorgang. Dieser mag in Lettland, wie auch in den beiden anderen baltischen Staaten, in den vergangenen fünfzehn Jahren nur allzu oft von außen angestoßen oder auch forciert worden sein. Dennoch bleibt die Auseinandersetzung mit und die Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit ein innenpolitischer Vorgang. Im speziellen lettischen Fall sind noch viele interne Kämpfe um die Vergangenheit und ihre Bedeutung im politischen und gesellschaftlichen Miteinander auszutragen. Die hier dargelegten Kontroversen um Kollaboration und Widerstand, um kollektive Be- und Entschuldigungen sind hierfür Beispiele. Es bleibt letztlich nur noch einmal zu betonen, dass es gerade den demokratischen Diskurs ausmacht, dass alle am Deutungsprozess beteiligten – Historiker, Politiker, Journalisten, Künstler und Intellektuelle ebenso wie Laien und internationale Akteure – um die "richtige" Interpretation der Vergangenheit und ihre langfristige Institutionalisierung im politischen Gemeinwesen eines Landes konkurrieren.

¹ Vaira Vike–Freiberga: Rede auf der internationalen Konferenz "Das Sowjetische Okkupationsregime 1944–1959: Politik und die Folgen", an der Universität Lettlands, Riga, 13. Juni 2002: www.president.lv.

² Edgar Wolfrum, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1999, 21.

³ Eine detaillierte Analyse lettischer Debatten und Kontroversen sowie im Kontext von demokratischer Transformation und Ethnopolitik findet sich in meinem Buch *Demokratisierung der Geschichte in Lettland. Staatsbürgerliches Bewusstsein und Geschichtspolitik im ersten Jahrzehnt der Unabhängigkeit*, Hamburg: Krämer 2003.

Published 2006–06–13

Original in German

Contribution by Vikerkaar

First published in *Vikerkaar* 4–5/2006 (Estonian version)

© Eva–Clarita Onken/Vikerkaar

© Eurozine